

Der Geldgeber Amerika.

Von Leo Jolles.

Bern, im Februar. Das die Hilfe Amerikas für Europa noch immer ein ungeklärtes Problem ist, wissen wir aus dem Grunde verschiedener Sachverständiger und Finanzmänner. Eine finanzielle Unterstützung in großen Maßen ist zu den erfüllbaren Hoffnungen zu gehören während keine Gewähr, die eine Überleitung amerikanischer Geldes in europäische Aufnahmestellen bewirkt, möglich ist. Bemerkenswert ist, daß sich heutige Geldgeber an Amerika wenden, die früher niemals daran gedacht hätten, das amerikanische Kapital in Anspruch zu nehmen. Eine der größten Sensationen in der Finanzgeschichte des Deutschen Reiches war die Aufnahme einer Dollar-Anleihe. Es geschah zum erstenmal, daß das Deutsche Reich zur Deckung eines eigenen Geldbedarfes ausländische Mittel in Anspruch nahm; und man sorgte dafür, daß das Geschäft so rasch als möglich wieder aus den Konten des Reiches verschwand. Mehr als zehn Jahre sind vergangen, seit dieses damals vielbesprochene Ereignis (es handelte sich um einen geringfügigen Betrag von 80 Millionen Mark, eine Summe, die heute nur noch durch ihre Kleinigkeit sensationell wirkt) sich abspielte; aber man empfindet es noch immer als eine auffallende Erscheinung, wenn hochachtbare Staatsmänner sich in Amerika Geld holen. Eine Anleihe in Amerika ist immer etwas Besonderes. Und wenn die Stadt Bern bei den Amerikanern ein Darlehen aufnimmt, so ist das beinahe so interessant, wie es früher die Anleihe des Deutschen Reiches war. Der Gemeinderat der Stadt Bern hat dieser Tage beschloffen, die Aufnahme eines Betrages von zehn Millionen Dollars zu beantragen. Da der schweizerische Geldmarkt zugeht, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Unterbringung einer solchen Anleihe nicht. Schon im Juni vorigen Jahres hatte die Gemeinderatsgruppe von Bern mit einer amerikanischen Finanzgruppe unterhandelt. Auch englische Banken haben sich damals bereit erklärt, die von der Stadt Bern gewünschte Finanztransaktion zu übernehmen. Danach muß man annehmen, daß die Finanzlage der Bundesrepublik nicht der Grund ungenügender Bereitwilligkeit der amerikanischen Geldmächte sein kann. Zweifellos ist die Möglichkeit, hinfällige Anleihen unterzubringen, nicht sehr groß und eine Reihe von Mängeln (Bern, Zürich, Lausanne) hängt mit einer vergrößerten Aufnahmefähigkeit des schweizerischen Geldmarktes zusammen. Selbstfalls ist der Weg nach Amerika nicht als ungenügend angesehen worden.

Rohstoffeinfuhr rechnen muß. Da die Eisenbahnen zum größten Teil amerikanische Kohle verbrennen, so würde eine neue unangenehme Einschränkung des gesamten Verkehrs zu befürchten sein, wenn in der Zeit der schwarzen Strömung von Amerika einträte; und gerade die wirtschaftliche Überlegenheit der Vereinigten Staaten ist ein Argument, das die Erörterung über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund ausfüllt. Man stellt immer wieder die Frage, ob aus einer Zugehörigkeit zu einem Völkerbund ohne Amerika (abgesehen von der Idee, die das Fernbleiben der Zentralstaaten und Aufspaltung des Reiches nicht am Ende wirtschaftliche Nachteile entstehen könnten. Der Bundesrat hat seinen Antrag auf Streichung der sogenannten Amerikaklausel bei der Annahme des Termins für die Volksabstimmung damit begründet, daß, so wichtig auch der Beitritt Amerikas zum Völkerbund sei, die Schweiz doch nicht angeht, weil die Unmöglichkeit des amerikanischen Entschlusses sich unbedingt mit diesem identifizieren würde, zumal bei Amerika auch der Grundgedanke der Nichtbeteiligung in europäischen Angelegenheiten in Betracht kommt. Der Bundesrat hat schon in seinem Memorandum an den Obersten Rat darauf hingewiesen, daß bei der Beschlußfassung vom 21. November die Hoffnung bestand, die Ratifikation des Friedensvertrages durch die fünf Hauptmächte werde so früh erfolgen, daß die Volksabstimmung rechtzeitig stattfinden könne. Im anderen Falle sei aber die Schweiz nicht in der Lage, über Entscheidung über den Beitritt auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Man weiß nun heute in der Tat nicht, wann Amerika den Vertrag unterzeichnen wird und ob überhaupt ein Beitritt zum Völkerbund, wie er in Versailles festgelegt wurde, erfolgen wird. Die Schritte sind noch immer der Meinung, daß die Gefahr, einem Völkerbund ohne Amerika nicht anzugehören, nicht so groß sei wie die Risiken, die sich aus den Verpflichtungen des Völkerbundes, solange er nur eine Allianz der Sieger darstellt, für die Schweiz ergeben könnten. Die Bundesversammlung wird sich mit dieser Frage zu beschäftigen haben, und vor der Volksabstimmung wird sie wohl auch genügend erörtert werden. Daß die Mitwirkung der Vereinigten Staaten am Völkerbund unterliegt, kann man nicht leugnen; Berücksichtigung der Wünsche besteht in der Hauptsache darin, ob die Anleihen auf den baldigen Eintritt Amerikas schließen lassen oder nicht. Auch der Bundesrat hat seinerzeit erklärt, „wenn eine der Hauptmächte dem Völkerbund fern bliebe oder ihm nur mit einschränkenden Vorbehalten beitrete, so käme einer solchen Teilnahme auch vom politischen Standpunkt aus die allergrößte Bedeutung zu.“ Die nächste Aufgabe besteht also darin, was amerikanische Probleme sind, wie gesagt, in erster Linie ein wirtschaftliches ist, zu lösen, daß eine Unterbrechung von Interessen oder Lebensbedingungen nicht entstehen kann.

Post-Nachrichten.

Polen - Annahmungen im „freien“ Danzig.

(Aus der „Post-Zeitung“.)

Ammer unergründlich gehalten sich, daß der achtsamen Übergriffe und unerschönten Annahmungen der Polen, die deutsch-polnischen Beziehungen. Schluß wenn man die R. r. l. e. der Polen für den Beitritt im Auge behält und ihre Unmöglichkeit als eine Nationalangelegenheit mit in den Kauf nimmt, so häuften sich doch Vorurteile und Anekdoten, welche beweisen, welche tiefe Distanz zwischen den beiden Völkern besteht. Bei der Übernahme der Meeresteile durch die Polen war alles darauf eingeleitet, diese Empfindungen zu beseitigen und den Ausdruck zu bringen. Man wird zwar darüber lächeln können, daß die polnischen Kräfte zuerst in das Meer gelaufen sind und dann auf dem Festland aufgetreten sind, daß polnische Generale in das Meer hinaustraten und General Döller einen Ring in das Meer als Symbol der Vermählung Polens mit diesem Meeresraum. Aber das Lächeln ist nicht mehr am Platz, wenn man den Tagesbefehl des Generals liest, in dem es an Ausfällen gegen die „Kreuzritter“ und die Deutschen, welche das Land 600 Jahre unterjocht hätten, wimmelt. Und ebenso geht es über den Esch, wenn er in Danzig die polnischen Bürger des Freistaates (Schonung) als Bürger des freien Polens begrüßt, was dann den leicht zu entflammenden Polen für eine Ausübung der Verehrung ausfällt. Und ebenso ist die Verlobungsvorgabe einzulegen, daß im polnischen Landtage der Landmarschall bei der Übergabe der Meeresküste geäußert hat, die Bevölkerung von Pommern sei heute halbtürkisch, daß er von ihnen rühmte, die Väter 1 1/2 Jahrhunderte hindurch der deutschen Kultur dankbar zu sein, daß ihr Land nicht ein flandrischer Friedhof geworden sei, wie das Land um Genua und Ober. Er ließ sich weiter zu der Bemerkung hinleiten, daß es leider nicht möglich ist, Danzig Polen einzuweihen, was dann den dankbarkeitsreichen Ruf in der Versammlung zur Folge hatte: „Wir werden es uns holen!“ Der Landtag beschloß darauf einstimmig die Gründung eines polnischen Gegenrates gegen Danzig! Ein platonischer Beschluß freilich!

der unerhörten Unbilligkeit gegen die Evangelischen ist die Forderung an die Leitung des evangelischen Diakonienvereins in Danzig, hier einen katholischen Kaplan für die in demselben befindlichen katholischen Kranten anzustellen und zwar auf Kosten des Diakonienvereins, das doch eine private und ausgesprochen evangelische Anstalt ist! Einen Grabmal für die polnische Politik bildet weiter die Behandlung der deutschen Presse im polnischen Gebiet. Dem Verbot einiger großer deutscher Blätter im polnischen Gebiet ist nun die Entscheidung des Postbetriebes für die „Postische Zeitung“ gefolgt. Die Zensur legt der Presse die größten Beschränkungen auf, namentlich die Zeitartikel sollen für zum Opfer, was durch die großen Weisen im Land für jedermann erkennbar ist. Jede Kritik ist verboten. Gegen die Danziger Zeitungen, die sie in nationalem Sinne ausüben, richtet sich die ganze Wut der polnischen Zeitungen. So schrieb neulich die „Gazeta Odsana“: „Wenn die Danziger Kranten Nachrichten nicht aufhören würden, gegen die Polen zu schreiben, so würden sie den Deutschen in Polen eine Suppe einbroten, die alle Deutsche auszulöffeln haben würden.“ Die Absicht ist klar: Die deutschen Zeitungen sollen zu nationaler Gleichgültigkeit gezwungen und so allmählich knochenweich und gesinnungslos gemacht werden. Was ein recht hat der General Dombor-Minski nicht, hat der Deutsche in Bromberg zugewonnen: „In zwei Jahren muß Bromberg polnisch sein.“ Und der Wohnort von Groß-Polen, Witold Gelschowski, sagte ihnen, wenn es hier nicht gefällig, der möge fortgehen! Schon hat man 800 Befehlungen der Anstaltskommissionen und 719 Privatbeschlüssen in polnische Hände gebracht. Welche Massen von deutschen Exilanten dies damit vernichten, wieviel Kapital und Hoffnungen sind damit zu Schanden gegangen! Und nun steht noch die Durchführung der Plandation der in demselben Besitz befindlichen Güter, Unternehmungen, Rechte und Anteile bevor. Der Abruch Englands beginnt. Das sind trübe Aussichten!

der unerhörten Unbilligkeit gegen die Evangelischen ist die Forderung an die Leitung des evangelischen Diakonienvereins in Danzig, hier einen katholischen Kaplan für die in demselben befindlichen katholischen Kranten anzustellen und zwar auf Kosten des Diakonienvereins, das doch eine private und ausgesprochen evangelische Anstalt ist! Einen Grabmal für die polnische Politik bildet weiter die Behandlung der deutschen Presse im polnischen Gebiet. Dem Verbot einiger großer deutscher Blätter im polnischen Gebiet ist nun die Entscheidung des Postbetriebes für die „Postische Zeitung“ gefolgt. Die Zensur legt der Presse die größten Beschränkungen auf, namentlich die Zeitartikel sollen für zum Opfer, was durch die großen Weisen im Land für jedermann erkennbar ist. Jede Kritik ist verboten. Gegen die Danziger Zeitungen, die sie in nationalem Sinne ausüben, richtet sich die ganze Wut der polnischen Zeitungen. So schrieb neulich die „Gazeta Odsana“: „Wenn die Danziger Kranten Nachrichten nicht aufhören würden, gegen die Polen zu schreiben, so würden sie den Deutschen in Polen eine Suppe einbroten, die alle Deutsche auszulöffeln haben würden.“ Die Absicht ist klar: Die deutschen Zeitungen sollen zu nationaler Gleichgültigkeit gezwungen und so allmählich knochenweich und gesinnungslos gemacht werden. Was ein recht hat der General Dombor-Minski nicht, hat der Deutsche in Bromberg zugewonnen: „In zwei Jahren muß Bromberg polnisch sein.“ Und der Wohnort von Groß-Polen, Witold Gelschowski, sagte ihnen, wenn es hier nicht gefällig, der möge fortgehen! Schon hat man 800 Befehlungen der Anstaltskommissionen und 719 Privatbeschlüssen in polnische Hände gebracht. Welche Massen von deutschen Exilanten dies damit vernichten, wieviel Kapital und Hoffnungen sind damit zu Schanden gegangen! Und nun steht noch die Durchführung der Plandation der in demselben Besitz befindlichen Güter, Unternehmungen, Rechte und Anteile bevor. Der Abruch Englands beginnt. Das sind trübe Aussichten!

Der Raub im Mausoleum.

Einbrecher rauben Silberkränze von den Sarkophagen der Kaisergruft.

Berlin, 24. Februar. Das tief im Schloßpark zu Charlottenburg verborgene Mausoleum haben sich gestern Einbrecher ausgewählt, um dort die königlichen Grabstätten ihres wertvollen metallenen Schmucks zu berauben. Diese Grabstätten erinnern lebhaft an die kirchliche Ausstattung der Kaisergruft in Nikolsdorfer, wo es den Tätern sogar gelang, die Särge unter Anwendung roher Gewalt aufzubrechen.

Sachsenkönig, Alkohol und Königspartei.

(Aus dem „Mittagsblatt“.)

Das Mausoleum in Charlottenburg, das seit den Novembertagen dem Publikum nicht mehr zugänglich ist, wird abends von zwei Wächtern bewacht, die während der Nachtzeit in einem kleinen Hospitium dicht an dem Mausoleum ihre Schlafstätte haben, oder nicht täglich den Raum betreten. Ihnen steht auch kein Wächter zur Verfügung. Infolgedessen konnten die Einbrecher ungehindert arbeiten. Zum letzten Male hat der Oberstaatsanwalt in Begleitung des Wächters das Mausoleum vor elf Tagen besucht. Damals war alles in bester Ordnung. Der Tag, an dem der Einbruch verübt wurde, konnte bisher nicht mit Sicherheit festgestellt werden, wahrscheinlich ist die Tat in der Nacht vom Sonntag zum Montag verübt worden. — Man nimmt sogar an, daß die Verbrecher dem Mausoleum zweimal einen Besuch abgestattet haben, um nach dem goldenen Kränze am Sarge Kaiser Wilhelms I. zu suchen, der ihnen dann bei ihrem Auszuge verloren gegangen ist.

Ein Leipzig wurde am 1. Jan. 1920 eine neue Partei gegründet, die den Namen Deutsche Königspartei führt und jetzt einen Aufbruch in die Welt hinauswagt, durch den sie alle monarchisch gesinnten deutschen Reichsangehörigen auffordert, sich unter einer einheitlichen Leitung zu vereinigen. Begründet wird die Notwendigkeit der neuen Gründung mit dem schmachvollen Scheitern der ersten Schmach des Vaterlandes, von dem Spott des Auslandes über den Habitus der deutschen Parteien, von Bolschewismus und Kommunismus usw. Und gleichzeitig wird von der Königspartei die Regierung Sturm gegen die Regierung gesteuert. So widersprechen sich Wort und Tat. Wer in der Wiederherstellung des Reiches alle alten deutschen Königsgedanken, heißt es weiter, das heißt unsere deutsche Volkseele, und den Mut hat, seine Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, der soll der neuen Partei beitreten. Rechtsüberzeugung wird dieser Aufbruch auch an demokratische Zeitungen verschickt, obwohl er sich gegen die „Mittägliche Bewegung von rechts“ und demokratischen und vertriebenen Sozialismus“ wendet. Galt man die demokratischen Zeitungen wirklich für so ungeschickt, daß sie sich zur Propaganda für die neue Deutsche Königspartei hergeben, die den Mut hat, von sich zu behaupten, daß sie keine reaktionären oder militaristischen Ziele zu verfolgen gedenke? Daß deutsche Volk über die Monarchie, die durch ihre ungeheure Vertiefung mit den reaktionären Parteien unheilbar krank ist, über Deutschland gebracht hat, zur Lageordnung übergegangen, und es wird deshalb durch die neue Deutsche Königspartei in Leipzig keine Sinnänderung bei der Mehrheit der deutschen Volkseele herbeigeführt werden können. Daß aber gerade von Sachsen diese Bewegung ausgeht, ist bezeichnend für ihre Urheber. Der Erklärung von Sachsen, für den die Arbeiter wichtiger war als die Regierungsgeschäfte, und seine Gemahlin, Luise von Sachsen, die es vorzog, den Glanz des königlichen Hofes mit dem bürgerlichen Haushalt des Lehrers ihrer Kinder zu vertauschen, waren wirklich tiefe Mutterberührende für die Förderung der monarchischen Idee. Die Deutsche Königspartei in Leipzig wird also mit ihrer Neugründung kaum allzugroße Erfolge erzielen.

Das Land ohne Lied.

Von Hans Bauer.

Ist es eigentlich schon aufgefallen, daß wir seit der Revolution kein Nationallied mehr haben? Es ist zum mindesten noch nicht bestimmt worden, daß es auffällig ist, daß das noch nicht bestimmt worden ist. Wir haben durch Weisheitsbeschlüsse der Nationalversammlung eine neue, offizielle Hymne erwählt bekommen. Sie lautet: „Schwarz, rot, gold. Man sieht sie zwar selten, aber wir haben doch eine.“ Und das neue Lied? Daß wir eins brauchen, dürfte erweislich sein. „Heil dir im Siegerkranz“ — schon während der Monarchie literarisch unzufällig — jemals wieder zu singen, wird uns nur an heimlichen Konventen ausgenutzt werden, die in Hinterzimmern auf dem alten Reiches Herdfeuer das Setzglas anstoßen. Und „Deutschland über alles“? Geht ein schönes, freies, gutes Lied. Aber durch die mögliche eigenartige Interpretation des „Deutschland über alles“ und durch den allzu häufigen Gebrauch von Seiten des Feindes, die eine eindeutige Bedeutung haben und die durch Weglassung dieses Liedes zu betonen würden, als interparlamentarisches, republikantisches Lied unzulässig.

Ich glaube, es ist keine größere Formale als die deutsche Flagge: das neue deutsche Lied. Schwere als deren Farbensymbolik zu treffen, dürfte es allerdings wohl sein, deren Worte zu sagen, denn im Gegensatz zum Schillingen-Graben-Geheimnis müßte dieses Lied erlautet werden. Ob sich einmal ins Gras wirt, wenn die Tage wieder wärmer werden und das Gras sprießt? Wohl nicht, es ist nicht ohne Reichsfeierlichkeiten ab. Das müßte dann nicht die Expressionisten, Unübersichtlichkeiten oder literarische Kritiker bilden, sondern ein Schulmeister, ein Wärdiger, ein Schulmeister, eine Probiermaschine, ein Wärdiger und ein Reflektierender.

Der Ausruf in Danzig.

— Ein Verbot der englischen Besatzung. —

Die Ausruf der englischen Besatzung. — Ein Verbot der englischen Besatzung. — Danzig, 24. Februar. Zu den üblichen Begleiterscheinungen der Besetzung Danzigs durch Engländer und Franzosen gehört der Austausch der Stadt durch die fremden Truppen. Ein gewöhnlicher englischer Soldat bekommt täglich ein deutsches Geld zins 90 Mark. Man kann sich leicht vorstellen, was er sich damit, so hoch unsere Preise sind, alles leisten kann. Und er leistet es sich. Gewöhnlich geht er zunächst in einen Laden und kauft sich einen Koffer, groß oder klein, dann faßt er gleich in demselben Laden oder im nächsten alles, was ihm gefällt, und verpackt es in den Koffer, um ihn mit sich nach dem nächsten Lager zu nehmen. Daneben kann er sich alle möglichen kleinen Geschenke leisten und sich an den Nahrungsmitteleinkauf tun, die für uns so knapp und für viele unerschwinglich teuer sind. Wenn das nun noch kurze Zeit so fortgeht, so werden wir bald alle Bedarfsartikel entbehren. Die Drogen sind für uns unerschwinglich, die Lebensmittel sind für uns unerschwinglich, die Lebensmittel sind für uns unerschwinglich, die Lebensmittel sind für uns unerschwinglich.

Peters Tag der Tränen.

Von Hans Bauer.

Peter Müller war der Sohn eines Arztes. Begeistert lernte er das Jongleurbandwerk und teilte es auf eine Spezialnummer vor: er vermittelte mittels eines auf dem Rücken angebrachten schmetterlingsähnlichen Fangnetzes einem Willkürball, den er selbst gegen die Bande eines Willkürball spielte, so daß er in jedem Bogen aus dem Willkürball herausprang, aufzufangen. Nach fünf Jahren geliebter Probe gelang ihm das auch und mit ein wenig sonntäglicher Jagdgesellschaft außerdem ausgerüstet, bildete er bald auf den Spielplätzen der verschiedenen Varietés als Pasi bei der Tante eine mittlere Rolle.

Der Weg zur Weisheit führt nicht über Kreuz.

Von Hans Bauer.

Der Weg zur Weisheit führt nicht über Kreuz. Zur Weisheit müssen wir emporn und sie finden. Das entwarf er auf Papier eine noch schwierigere Aufgabe des Willkürballspiels und baute sie sich: in 15 Sekunden etwa wirt sich ein Ball von 7-11 Uhr morgens und von 2-6 Uhr abends. „Dann bist du der Kaiser der Welt“, dachte er, und ein seltsames Glanz hing in seinem Auge. So wie er also wieder. Liebt und läßt. Und jeden Abend, an dem er auftrat und nunmehr mit größter Sicherheit die Wälle hing, ging ihm durchs Hirn: Wie werde ich reich, wenn ich aus meine neue Nummer erge, das Größte, was ich in einem Menschenleben erlernte, den Extrakt der Weisheit eines Lebens, eines Ganzen, hollen Lebens.

Der Weg zur Weisheit führt nicht über Kreuz.

Von Hans Bauer.

Der Weg zur Weisheit führt nicht über Kreuz. Zur Weisheit müssen wir emporn und sie finden. Das entwarf er auf Papier eine noch schwierigere Aufgabe des Willkürballspiels und baute sie sich: in 15 Sekunden etwa wirt sich ein Ball von 7-11 Uhr morgens und von 2-6 Uhr abends. „Dann bist du der Kaiser der Welt“, dachte er, und ein seltsames Glanz hing in seinem Auge. So wie er also wieder. Liebt und läßt. Und jeden Abend, an dem er auftrat und nunmehr mit größter Sicherheit die Wälle hing, ging ihm durchs Hirn: Wie werde ich reich, wenn ich aus meine neue Nummer erge, das Größte, was ich in einem Menschenleben erlernte, den Extrakt der Weisheit eines Lebens, eines Ganzen, hollen Lebens.

Wir brauchen doch ein neues Lied, denn nach der Ablehnung der beiden genannten Lieder existieren noch noch eine Reihe anderer, nach wie vor schöner Volkslieder, eine Anzahl flammender Parteilieder, aber eben doch keine neuen, die auch nur Annäherung darauf hätten, als deutsche Hymne zu gelten. Es müßte bekannt sein in dieser Hymne sein. Bekanntnis — ad! zu so vielen schönen Dingen, die nicht so politisch sind wie die hundertjährige, Mitbestimmungsrecht im Betrieb, gleiches Wahlrecht, zu Dingen, die wir gewöhnlich sind als schmitzende Flöten am Ende schwingender Reden zu hören, und die wir in denen denn nicht ernst nehmen, die aber in ihrer Gesamtheit eine Stimmung bestimmen und festschreiben die letzte Quelle alles Wohlwollens sind. Bekanntnis zum Wohlmeie ich, zum ewigen Frieden, zu Wohlhoffigkeit, zu Freiheit, Recht und Menschlichkeit.

Kaiser-Briefe an Bismarck.

In dem von Wilhelm II. gegen den Führer des Bismarck'schen Parteiprogramms wegen ungenügender Berücksichtigung von Briefen des Kaisers an den hiesigen Bismarck liegt nunmehr die Begründung des Urteils des Landgerichtes Stuttgart vor. Darin wird festgestellt, daß ein Brief ein zu schändliches Schriftstück im unehrenhaften Sinne dann ist, wenn er sich als Ausfluß einer individuellen geistigen Tätigkeit darstellt. Bei Prüfung der Frage der urheberrechtlichen Schutzfähigkeit eines Briefes muß die politische, soziale und historische Bedeutung des Briefes außer Betracht bleiben. Die Briefe, die nach diesen Gesichtspunkten auf Antrag des Kaisers aus dem Reichsarchiv ausgeschrieben sind, sind die folgenden: Briefe vom 12. 12. 87 und vom 14. 1. 88, in denen sich der Antragsteller Bismarck gegenüber über seine Beteiligung an der Berliner Stadtkommission äußert, die er zu rechtfertigen sucht und seine Ideen und Pläne in dieser Angelegenheit entwickelt. Im Brief vom 29. 1. 1887 sagt er die Möglichkeit seines baldigen Regierungsantritts ins Auge zu fassen und die Gründe, nach denen er als Kaiser sein Verhalten zu den Bundesfürsten einzurichten gedenkt. Im Brief vom 10. Mai 1888 legt der Antragsteller, damals noch Kronprinz, seine Auffassung über die damalige militärische und politische Lage dar. Im Brief vom 1. Januar 1889 spricht er dem Reichsanwalt seinen Glückwunsch zum Jahreswechsel aus; in seinem handschriftlichen vom März 1890 äußert er sich über die angelegte Gefolge eines

Diebstahlsurteil.

habe, was doch einen unerhörten Eingriff in Lebensinteressen der evangelischen Kirche darstellt. Ein weiteres Zeichen des Antragstellers tragen nach Form und Inhalt durchaus individuelles Gepräge. Das gilt auch von den beiden Briefen des Kronprinzen Friedrich an Bismarck vom 17. August 1871 und 28. September 1886, von denen der erste zu dem damals herrschenden Gerücht einer Erhebung Bismarck zum Reichspräsidenten und dessen Vorbereitung zum Herrscheramt anknüpft.

Lebenswürdigkeiten.

„Leb dich doch nicht so an mich an, Gustav, ich bin doch kein Herrscher!“ „Na, dann nicht du — Kaiserin!“

Der Weg zur Weisheit führt nicht über Kreuz.

Der Weg zur Weisheit führt nicht über Kreuz. Zur Weisheit müssen wir emporn und sie finden. Das entwarf er auf Papier eine noch schwierigere Aufgabe des Willkürballspiels und baute sie sich: in 15 Sekunden etwa wirt sich ein Ball von 7-11 Uhr morgens und von 2-6 Uhr abends. „Dann bist du der Kaiser der Welt“, dachte er, und ein seltsames Glanz hing in seinem Auge. So wie er also wieder. Liebt und läßt. Und jeden Abend, an dem er auftrat und nunmehr mit größter Sicherheit die Wälle hing, ging ihm durchs Hirn: Wie werde ich reich, wenn ich aus meine neue Nummer erge, das Größte, was ich in einem Menschenleben erlernte, den Extrakt der Weisheit eines Lebens, eines Ganzen, hollen Lebens.